

Wirtschaftsfragen in der Budgetkommission.

N. Berlin, 5. Febr. (Priv.-Tel.) Die Staatshaushaltskommission des Abgeordnetenhauses führte die Besprechung der

Ernährungsfrage

im Kriege zu Ende. Der Berichterstatter sprach über die Vermehrung der Produktion und wies auf die zunehmende Bedeutung ihrer Sicherstellung für eine längere Kriegsdauer hin. Es empfehle sich, keinerlei Maßregeln der Ernährungsfürsorge zu treffen, welche einschränkend auf die Produktion einwirken könnten. Das bereits von der Staatsregierung, wie auch von der Reichsregierung beobachtete Verfahren, durch staatliche Beihilfe die Produktionsmöglichkeit zu erweitern, bezw. den Einkaufspreis gewisser Produkte für die Konsumenten in besonderen Fällen herabzusetzen, habe sich bewährt und könne auch weiterhin empfohlen werden. An diese Ausführungen knüpfte sich eine lebhafte Aussprache.

Hierauf wurde der Ausbau des Verkehrs zwischen Produzenten und Konsumenten behandelt. Es wurde von dem Berichterstatter darauf hingewiesen, daß zweifelsohne schon jetzt in der Kriegszeit unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse während der Kriegslage eine bessere Verbindung zwischen Produzentengruppen und Konsumentenzirkeln anzustreben sei. Diese Wünsche richteten sich keineswegs auf eine Schwächung des Kleinhandels, dessen Erhaltung notwendig und dessen vorzuziehende Betätigung für die Heranschaffung der Lebensmittelbedürfnisse unbedingt anzuerkennen sei. Unter dem Eindruck der Mobilisierung des Großhandels mit Lebensmitteln bestehe doch keine andere Möglichkeit, den Kleinhandel zur Zeit sich erfolgreich betätigen zu lassen, als daß man ihm anempfehle, sich mit Kriegs-Bezugsvereinigungen zusammen zu schließen, welche durch Vermittelung der Kommunalverbände von der Zentraleinkaufsgesellschaft oder anderen monopolistischen Bezugsvereinigungen die zur Verfügung stehenden Vorräte zwecks gerechter Verteilung zu empfangen hätten. Diesen Bezugsvereinigungen würden sich auch die Konsumgenossenschaften jeglicher Art anschließen haben. — Aus der Kommission wurde diesen Ausführungen von mehrfacher Seite beigetreten. Die Kommission erörterte sodann in mehreren Sitzungen die

Einwirkung des Krieges auf die Industrie.

Berichterstatter Abg. Hirsch (Essen) führte aus:

So wie im vergangenen Jahre das Gesamtbild von unserer gewerblichen Tätigkeit von ihm dargestellt sei, zeige es sich auch heute noch. Der Krieg habe auch in seinem weiteren Fortgang unsere wirtschaftliche Kraft und Leistungsfähigkeit nicht zu erschüttern vermocht. Wie auf dem Gebiete der Volksernährung, so sei auch auf dem industriellen Gebiete, auf dem Gebiete der Versorgung von Heer und Bevölkerung mit Munition, Ausrüstungsgegenständen und Bedarfsartikeln aller Art dank der Leistungsfähigkeit unserer gewerblichen Tätigkeit keine Lücke eingetreten. Der Versuch Englands, unsere Gewerbetätigkeit durch Abschneiden der Rohstoffzufuhr zum Erliegen und damit Heer und Volk in schwere Bedrängnis und Not zu bringen, sei dank dem deutschen Gewerbsfleiß, der, auf Wissenschaft und Technik gestellt, alle Kräfte ansapante, zustanden geworden. Selbstverständlich: Ohne Schwierigkeiten und Schädigung sei es nicht abgegangen. Mancher Einzelbetrieb, mancher Industriezweig habe schwer gelitten. Die Gewerbebezugsvereinigungen aber, auf die es ankomme, hätten sich in ihrer Leistungsfähigkeit für Heer und Volk zu erhalten gewußt. Sie ständen da auf festem wirtschaftlichen Stützen unserer militärischen Kraft, die im Verein mit der Landwirtschaft, der Trägerin unserer Volksernährung, den militärischen Operationen denjenigen Rückhalt geben, der die Durchführung des Krieges bis zum siegreichen Ende verbürgt.

Daß diese Wechselbeziehungen bestehen, daß die möglichst umfassende Aufrechterhaltung unserer wirtschaftlichen Tätigkeit — vornehmlich des Kohlenbergbaues, der Eisenindustrie, der Sprengstoffindustrie, aber auch anderer Industriezweige — in engstem Zusammenhang steht mit der Durchhaltung und dem Erfolg unserer Truppen im Felde, darüber dürfe heute völlige Übereinstimmung herrschen auch in solchen Kreisen, die für diese Auffassung früher weniger zugänglich waren. Wenn dem aber so sei, so ergebe sich daraus mit zwingender Notwendigkeit, daß bei allen Maßnahmen, die zwecks Weiterführung unserer kriegerischen Operationen getroffen werden sollen, erwogen werden müsse, ob sie nicht geeignet erscheinen, die Leistungsfähigkeit oder gar die Aufrechterhaltung derjenigen Industriezweige zu gefährden, die im Interesse der Durchführung unserer militärischen Operationen einerseits und der Bevölkerung hinter der Front andererseits Leistungs- und Lieferungs-fähig bleiben müssen. Mit anderen Worten: Was für die Landwirtschaft gilt, die für die Ernährung von Heer und Volk zu sorgen hat, nämlich daß sie in der Lage bleiben muß, die nötigen Nahrungsmittel pflanzlicher und tierischer Art zu erzeugen, das gilt auch für die Gewerbetätigkeit. Auch hier dürfe es nicht, direkt oder indirekt, unnötig erschwert oder gar unmöglich gemacht werden, die ihr im Rahmen unserer Volks- und Kriegsbildung obliegenden Aufgaben zu erfüllen und dasjenige an Waffen und Munition, an Ausrüstungs- und Bedarfsartikeln aller Art zu erzeugen, was für Heer und Volk notwendig ist. Daß dies alles unter dem Hauptgesichtspunkt der Erhaltung der Kraft und Schlagfertigkeit unseres Heeres zu stellen sei, bedürfe keine weiteren Auseinandersetzung. Die

Dinge, um die es sich vorzugsweise für unsere Gewerbetätigkeit handle, seien Beschaffung der Rohstoffe, Fürsorge für möglichst Aufrechterhaltung des Absatzes, insbesondere auch der Ausfuhr und Rücksichtnahme auf die Verhältnisse der einzelnen, namentlich der für Kriegslieferungen beschäftigten Gewerbebezugsvereinigungen bei Eingliederung von Mannschaftenserfab.

Der Redner erörtert zunächst die Maßnahmen, welche zwecks sachgemäßer Eingliederung und Verteilung der vorhandenen und herbeigeschafften Vorräte an Rohstoffen getroffen sind. Diese Maßnahmen seien in vielen Fällen, namentlich bei den Beschlagnahmen, für die beteiligten Kreise wenig bequem gewesen, hätten aber im großen Ganzen zum Ziele geführt. Technik und Wissenschaft hätten dabei tatkräftig eingegriffen, so daß man heute sagen könne, daß wir in allen wirklich unentbehrlichen Rohstoffen versorgt seien und auch irgendwie bedenklicher Mangel nicht eintreten könne. Für manche Stoffe sei unter dem Druck der Zwangslage Ersatz geschaffen, der uns in Zukunft in verschiedenen Punkten vom Auslande unabhängiger stellen werde, als wir es vor dem Kriege gewesen sind.

Bei der Beschlagnahme müßten unnötige Härten vermieden werden, insbesondere auch solche, die geeignet erscheinen, die Wiederentfaltung der betreffenden Industriezweige nach dem Kriege zu beeinträchtigen oder gar unmöglich zu machen. Er äußerte ferner den Wunsch, daß bei Beschlagnahmen für militärische Zwecke das Augenmerk in erster Linie gerichtet werden müsse auf feindliche und besetzte Gebietsteile. Rücksichten müssen, wo sie geboten erscheinen, auch im Feindesland geübt werden, aber in keinem Falle auf Kosten des deutschen Volkes.

Bezüglich der Ausfuhr führte Berichterstatter aus, daß wenn auch unser ganzes Wirtschaftsleben sich unter dem Druck der Verhältnisse mehr und mehr auf die Versorgung des Inlandsmarktes unter den Einfluß des Heeres gestellt habe, doch noch mancher Betrieb des Industriezweiges vorhanden sei, für den hinsichtlich seiner Aufrechterhaltung seiner Leistungsfähigkeit, die, wenn auch beschränkte Arbeit für den Auslandsmarkt von Bedeutung sei, von der politischen und finanzpolitischen Bedeutung der Erhaltung der Ausfuhr ganz abgesehen. Die Ausfuhrfrage sei nicht einfach damit abgetan, daß man sage, für die Ausfuhr zu arbeiten sei unter den heutigen Verhältnissen nicht notwendig und wer das tue, der zeige damit, daß er noch Arbeiter übrig habe. Aber eines könne man und müsse man sagen: Daß die Ausfuhr der Erzeugnisse der deutschen Gewerbetätigkeit, soweit dadurch nicht dem feindlichen Auslande direkt oder indirekt Kriegsbedarf zugeführt werde, oder eine Beeinträchtigung des Inlandsbedarfes, bezw. eine Verminderung der notwendigen Reservebestände stattfindet, nach Möglichkeit gefördert werden müsse und zwar im Interesse der möglichst umfassenden Erhaltung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowohl als auch der Verringerung unserer notleidenden Balance. Die Ausfuhr sollte immer unter Beobachtung jener Gesichtspunkte nach Möglichkeit auch da stattfinden, wo sie, wie z. B. bei der Versorgung der Neutralen mit gewissen Waren und politischen Vorteilen oder Vorteilen allgemeiner Art einbringen. Bezüglich der Erleichterung von Ausfuhrerzeugnissen empfehle er den beteiligten amtlichen Stellen möglichste Beschleunigung.

Im Zusammenhang mit der Ausfuhrfrage verwies Berichterstatter auch auf die Notwendigkeit, auf dem Gebiete der Beschaffung von Transportmitteln ganz außergewöhnliches zu tun, damit die deutsche Gewerbetätigkeit und der deutsche Handel in der Lage seien, den nach dem Kriege heranrückenden Ansprüchen zu genügen. Bezüglich der Arbeiterfrage betonte Redner die Notwendigkeit, unbeschadet der Wahrung der rein militärischen Interessen, der Gewerbetätigkeit und insbesondere der Zweige, die für die Ausrüstung des Heeres, wie für die Ernährung tätig sind, diejenigen Arbeitskräfte zu belassen, die zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit jener Zweige notwendig sind. Hier müsse der Zusammenhang der Dinge, die an der Front vor sich gehen und der Dinge, die hinter der Front sich abspielen, sowie das Verständnis für diesen Zusammenhang immer gewahrt bleiben und das schließe nicht aus, daß scharf geprüft werde, ob nicht Verjüngung mit Menschenkraft stattfinde. Dringlich erforderlich sei sowohl bezüglich der Beschlagnahme, als auch bezüglich der Eingliederung von Mannschaften, daß Maßnahmen ergriffen werden, welche Willkürlichkeiten vorbeugen und Einheitlichkeit des Vorgehens in den Bezirken der verschiedenen Generalkommandos verbürgen. Der Berichterstatter besprach alsdann die Verhältnisse in einigen Hauptindustriezweigen, insbesondere in dem Kohlenbergbau und der Eisenindustrie.

An die Ausführungen knüpfte sich eine ausgedehnte Erörterung, in der eine große Reihe von Einzelfragen besprochen wurde. U. a. wurde behandelt: Stand der Förderung und des Absatzes, Aenderung der Zusammensetzung der Belegschaften unter der Einwirkung des Krieges, Beschäftigung von Jugendlichen und weiblichen Arbeitern, Arbeitszeit, Ueber- und Nebenschichten, Selbstkosten, Preis- und Lohnfragen, Stellungnahme der Arbeiterorganisationen, Wiederaufleben der gewerblichen Tätigkeit nach dem Kriege. In den Erörterungen beteiligten sich Mitglieder sämtlicher Parteien wie auch Vertreter der Regierung. Uebereinstimmend wurde der Ansicht und dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die in der Zeit der kriegerischen Notwendigkeiten zugelassene und durch sie bedingte ausgedehntere Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Arbeiter, wie überhaupt die Vorschriften, durch welche die einschränkenenden Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Beschäftigung von Arbeitern und Arbeiterinnen gegen früher wesentlich erweitert worden sind, aufgehoben werden möchten, sobald die Ursachen in Fortfall gekommen sein werden.